

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	2 (1961)
Heft:	17
Rubrik:	Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

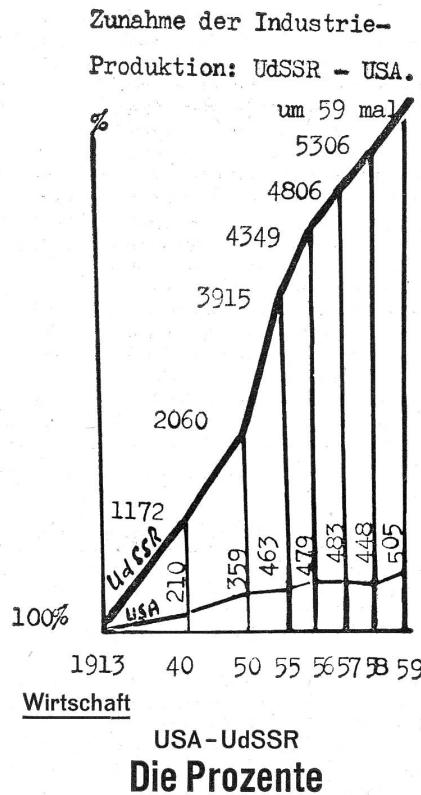
Beispiel Österreich

Der Fall Österreich gab seitdem auch über die politischen Tendenzen der sowjetischen Handelspolitik interessante Aufklärungen. Der Leiter der Abteilung für Handelspolitik und Außenwirtschaft der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft wies in einer Erklärung bereits Anfang Januar dieses Jahres darauf hin, dass die Sowjets wiederholt Versuche unternommen haben in das Geschäft gewaltsam Personen oder Firmen einzuschalten, deren Mitwirkung völlig überflüssig ist, da die verschiedenen Transaktionen bisher auch ohne ihre Beteiligung reibungslos abgewickelt werden konnten. Ferner versucht man unter den verschiedensten Vorwänden gewisse Firmen aus dem Sowjethandel zu verdrängen und neue, von den Sowjets begünstigte Gesellschaften einzuschalten. Anderen Partnern werden unerwünschte Koppelgeschäfte mit Waren aufgedrängt, die sie nachher nur mühsam absetzen können.

Seitdem haben sich die Nachrichten über die Verpolitisierung des Handels seitens der Sowjetunion noch weiter vermehrt. Besonderes Aufsehen erregte der Versuch, den ganzen sowjetischen Ölimport zugunsten einer den österreichischen Kommunisten nahestehenden Firma zu monopolisieren. Der österreichischen Mineralölverwaltung, dem grössten Abnehmer des sowjetischen Erdöls, ist zwar noch gelungen, den überflüssigen Zwischenhändler auszuschalten, aber die in Frage stehende Firma konnte doch ein Monopol für den Vertrieb von Heizöl und Treibstoffen erwerben. Eine Ausnahme bilden nur jene Heizöle, die im Tauschgeschäft mit der Sowjetunion gegen Stahllieferungen von der staatlichen österreichischen Stahlgesellschaft (VOeST) bezogen werden. In österreichischen Kreisen befürchtet man, dass die Handelsbeziehungen mit Moskau zu der Finanzierung der schwach bemittelten Kommunistischen Partei missbraucht werden, da die bisher verteilten Monopole ihr ideologisch nahe stehenden Personen oder Firmen erteilt worden sind. Man erinnert sich noch gut, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die finanziellen Grundlagen der neu errichteten ungarischen KP ebenfalls mit Hilfe einer Aussenhandelsgesellschaft, der «West-Orient» geschaffen wurden.

Verzögerung heisst nicht Verzicht

Noch sei vermerkt, dass die grossen Zielsetzungen der verschiedenen Sieben- und Fünfjahrespläne der Ostblockstaaten voraussichtlich nicht termingerecht abgeschlossen werden. Als Grund können jene zahlreichen Unzulänglichkeiten angegeben werden, von denen die östlichen Fachquellen selber laufend berichten. Wenn es sich aber auch um eine zeitliche Verschiebung handeln wird, so darf man deshalb das Endziel nicht als gescheitert betrachten und glauben, die östliche Konkurrenz werde in ihren Auswirkungen weniger gefährlich sein. Besonders gilt das für die chemischen und mit ihr verbundenen Industrien, für deren Ausbau die grössten Anstrengungen gemacht werden. Eine hervorragende Rolle in diesem Programm spielt die pharmazeutische Industrie, über deren Ausbau und die Bemühungen der einzelnen östlichen Aussenhandelsgesellschaften mit diesen Erzeugnissen an den überseesischen Märkten Fuss zu fassen, man ständig Berichte lesen kann.



USA-UdSSR Die Prozente

Beim Produktionsvergleich mit kapitalistischen Ländern sind im Ostblock Gegenüberstellungen von absoluten Produktionsziffern (mit prozentualen Anteil an der gesamten Weltproduktion, wie in KB Nr. 14).

Viel häufiger finden sich Wachstumsvergleiche, wobei als Ausgangspunkt die natürlich grundverschiedene Produktionsstufe eines «kapitalistischen» und eines «sozialistischen» Staates zu Beginn der Revolution dient. Am häufigsten wird in der Sowjetunion dieser Wachstumsvergleich mit den USA gezogen, die zu Anfang des Jahrhunderts schon industrialisiert waren, während die UdSSR praktisch vom Nullpunkt ausging und damit eine ganz andere Wachstumsrate der Produktion aufweisen konnte. Bemerkenswert ist nun, dass sich China derselben arbiträren Vergleiche bedient, um seine Fortschritte gegenüber der Sowjetunion zu dokumentieren.

Unser Beispiel, nach einer Darstellung der «Sowjetskaja Moldawja» gezeichnet, wäre an sich auch so noch eindrücklich genug. Allerdings ist zu sagen, dass die gesamte Industrie-Erzeugung eines Landes, die so grundverschiedene Komponenten enthält wie Stahlprodukte oder Nahrungskonserven, nur schwer zum Vergleich mit der Totalproduktion eines anderen Staates herangezogen werden kann. Ohne dass die Zahlen direkt gefälscht sein müssen (immerhin fehlen Belege, und Chruschtschew gab Fälschungen zu), wären sie doch mit der Zunahme der einzelnen Produkte zu vergleichen, wenn sie wirklich schlüssig sein sollen.

Die in verschiedenen Sprachen erscheinende aussenpolitische sowjetische Wochenzeitschrift «Neue Zeit» bringt in ihrer letzten Nummer als eine Biographie der Woche den Lebenslauf unseres neuen Botschafters in Moskau, Max Troendle.

Sowjetunion Gefälschte Erfolgsmeldungen

Schon vor dem letzten «landwirtschaftlichen» Parteiplenum im Januar wurde von zahlreichen Fällen berichtet, in welchen die Leiter der landwirtschaftlichen Betriebe in ihren Berichten über die Produktionsleistungen falsche Angaben machen. Zum Teil durch einfache Fälschungen der Produktionszahlen, oder durch Deklarierung der in den staatlichen Geschäften gekauften Produkte als eigene Produktion. Die gleichen Mengen von landwirtschaftlichen Produkten wurden dadurch in den statistischen Berichten doppelt oder sogar dreifach angeführt.

Die entsprechenden Betriebsleiter und die Bezirksparteifunktionäre, die diese Machenschaften gedeckt haben, wurden desavouiert und bestraft, weil sie auf diese Weise zu Ehren und zu Geldprämien kamen. Am Parteiplenum wurde es klar, dass die Fälschungen in den Produktionsberichten über die landwirtschaftlichen Produkte einen viel grösseren Umfang haben. Es wurde zugegeben, dass ganze Gebiete, bzw. ihre Wirtschafts- und Parteileiter gefälschte Erfolgsmeldungen fabrizierten, während die landwirtschaftliche Produktion in Wirklichkeit sogar zurückging.

Nach der Massregelung der verantwortlichen Parteifunktionäre in den Gebieten von Rjansanji, Brjansk, Tscheljabinsk und Pawlodar, wird jetzt über ähnliche Fälschungen sogar im republikanischen Massstab gemeldet. Unter der Leitung von Parteipräsidiumsmitglied F. Koslow fand kürzlich das republikanische Parteiplenum von Tadschikistan statt, an welchem die Fälschungen der Produktionsberichte dieser Republik festgestellt wurden. Es handelt sich in erster Linie um die Baumwollproduktion, aber auch um andere landwirtschaftliche Produkte.

Während die Republik seit 3 Jahren ihre Produktionspläne nicht erfüllte, meldete man die Ueberfüllung der Planziffern. Die Berichte über dieses Plenum geben ein Bild der Misswirtschaft auf dem Gebiete der Baumwollproduktion: der Gesamtertrag nahm in den letzten Jahren nur unwesentlich zu, der Ernteertrag nahm aber stark ab; etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Maschinen wurde nicht eingesetzt; die Samenzucht wurde vernachlässigt; die Viehzucht der Republik erfüllt den Plan nicht.

Wegen Schwindel und «Betrug an Partei und Regierung» wurden die höchsten Partei- und Regierungsfunktionäre der Republik ihrer Posten enthoben und aus der Partei ausgestossen: T. Uldschabajew (siehe Curriculum) — 1. Parteisekretär des ZK Tadschikistans, P. Obnosow — 2. Parteisekretär der Republik, N. Dodchudow — Ministerpräsident der Republik, B. Dodabajew — sein Stellvertreter u.a.m. T. Uldschabajew ist auch aus der Revisorenkommission der KPdSU ausgeschlossen worden.

«Prawda» erklärt diese Vergehen mit dem Karrierismus der betreffenden Personen und erwähnt die unrühmliche Rolle der republikanischen Staatsanwaltschaft, der statistischen Verwaltung und der Kontrollkommission.

Die Entdeckung dieser Fälschungen, jetzt schon im republikanischen Massstab be-

weist, dass man keinen Erfolgsberichten über die Planerfüllung und die Produktionsleistungen glauben kann, dass falsche Erfolgsmeldungen in allen, auch in höchsten Ämtern fabriziert werden, und stellt die Glaubwürdigkeit der Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung über die wirtschaftlichen Leistungen und entsprechende Meldungen Chruschtschew's in seinen zahlreichen Reden in Frage.

In Moskau ist man sich natürlich über die nachteilige Wirkung solcher «Entdeckungen» bewusst, man versucht aber nun diesen für die Partei peinlichen systematischen Betrug propagandistisch auszuweiten, indem man dem Bürger die Schlussfolgerungen suggeriert: «solche Fälschungen erklären den Widerspruch zwischen den immer steigenden Produktionszahlen und dem Mangel an landwirtschaftlichen Produkten, und in diesem speziellen Fall an Textilstoffen».

Angesichts der Säuberung, die F. Kozlov in Tadschikistan veranstaltete, stellt sich wieder die Frage, die sich schon bei anderen Anlässen aufdrängte: wie kommt es, dass so viele führende Partei- und Regierungsfunktionäre Fälscher sind, dass sie aus Karrieregründen oder zur persönlichen Bereicherung den Staat betrügen, dass sie unfähig sind die Wirtschaft zu leiten und ideologisch offensichtlich rückständig sind? Ist es die verfehlte Personal- und Kaderpolitik der Partei, dank welcher unwürdige Leute die höchsten Posten besetzen können, oder ist es das System, das die Leute in exponierter Stellung zu Fälschungen und Betrug zwingt?

Allgemein

SBZ

Entgegenkommen für die Weglaufenden

Bessere Behandlung der Intelligenz nimmt sich die Partei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands jetzt vor, um die Republikflucht der Intellektuellen, welche das wissenschaftliche Kader bereits schwer dezimiert hat, etwas einzudämmen.

«Wenn Angehörige der Intelligenz unsere Republik verlassen», schreibt das SED-Organe „Neuer Weg“, «dann liegt in vielen Fällen die Ursache dafür in der systematisch organisierten Abwerbung durch den Gegner und in dessen verleumderischen Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik. Aber in jedem solchen Falle müssen wir uns fragen, warum denn dieser Chemiker oder jener Arzt der feindlichen Hetze erlegen ist und nicht zu uns kam, um sich auszusprechen und Rat zu holen. Das hängt doch offensichtlich damit zusammen, dass vielerorts eben noch keine engeren Beziehungen von Partei- und Staatsfunktionären zu Angehörigen der Intelligenz vorhanden sind, abgesehen von ausgesprochen dienstlichen Verbindungen.»

Aber nicht nur die Partei schlägt sich jetzt wegen mangelndem Entgegenkommen den Intellektuellen gegenüber an die Brust, sondern auch die Gewerkschaften. «Die Arbeit» in Ostberlin fordert alle Arbeiterorganisationen auf, «den Angehörigen der Intelligenz auf alle Fragen Antwort zu geben» und bei der «Auseinandersetzung mit den geistigen Fragen unserer Zeit» zu helfen (Mithilfe bei der Republikflucht ist damit übrigens nicht gemeint).

«In dieser Hinsicht», stellt die Zeitschrift fest, «gibt es in der gewerkschaftlichen Arbeit ernste Versäumnisse und demzufolge berechtigte Kritik von Seiten der Wissenschaftler, der Ärzte, der Künstler und Lehrer sowie von den Angehörigen der technischen Intelligenz... Betrachtet man die gegenwärtige Tätigkeit besonders in den Betrieben und Kulturhäusern und auch das Verhalten vieler Gewerkschaftsfunktionäre, so entspricht es oftmals in keiner Weise den Bedürfnissen und Erfordernissen der gewerkschaftlichen Arbeit mit der Intelligenz. Oftmals kennen die Gewerkschaftsfunktionäre nicht die kulturellen Interessen und Bedürfnisse der Intelligenz ihres Betriebes.»

Dass eine solcheverständnislose Haltung auch ein Vergehen im partei-ideologischen Register darstellt, macht das Blatt klar,

indem es sie als «Ausdruck des Sektierertums» katalogisiert.

Ob das die Intellektuellen von der Republikflucht abhalten kann, wenn sie wirklich, wie die DDR-Presse so unermüdlich schreibt, die «Intelligenz» darstellen?

Erziehung

Jugoslawien

Wer soll bezahlen?

Hochschulstudium auf Kredit unter Bürgschaft der Eltern wird zurzeit in Jugoslawien geprüft, da die bestehenden Stipendienfonds ihr Geld nicht mehr zurück erhalten.

Die finanziellen Probleme des Studiums werden in der Belgrader Zeitung «Mladost» vom 19. April ausführlich behandelt.

In chronischer Ernährungsschwierigkeit: Peru

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. Parlament aus zwei Kammern, Abgeordnetenhaus und Senat, wählbar alle sechs Jahre.

Wahlberechtigt alle über 21 Jahre alten Bürger, die lesen und schreiben können. Daneben auch Wahlpflicht für volljährige Männer. Wehrpflicht (zwei Jahre Dienst). Aufteilung in 23 Departemente (die Provinz Callao untersteht direkt der Regierung).

Staatspräsident seit 1956 Maniel Prado y Ugarteche. Ministerpräsident Pedro Beltran Espantoso.

Parteien: Die Mehrheit der Mandate (65 von 182) hat die «Demokratische Peruanische Bewegung (Movimiento Democratico Peruano / MDP), eine rechtsgerichtete Mittelpartei. Außerdem «Unificación Nacional» (32 Mandate), Frente Democratico

Parlamentario und Volksaktion (Acción Popular). Die Kommunistische Partei wurde verboten. Verboten wurde ebenfalls die nationalrevolutionäre Partei «Apra», der Politiker Paul Haya de la Torre, der zuvor ein weitgehendes, beschleunigtes Sozialreformprogramm mit zum Teil extremistischen Forderungen vorantrieb, wurde nach Unruhen exiliert.

Fläche: 1 331 410 Quadratkilometer.

Einwohner (1960): 10 840 000.

Bevölkerung: 60 Prozent Indianer, nur 10 Prozent Weisse (vorwiegend spanischer Abstammung), Rest Mestizen. Obwohl Agrarprodukte nur 40 Prozent der Exportwerte ausmachen, leben 85 Prozent der Bevölkerung von Landwirtschaft, beträchtlichen Teils als arme Selbstversorger mit ungenügenden Reserven für ertragsarme Jahre.

Städte: Lima (Hauptstadt) 1 400 000 Einwohner, Callao 125 000, Arequipa 117 000, Cuzco 66 000.

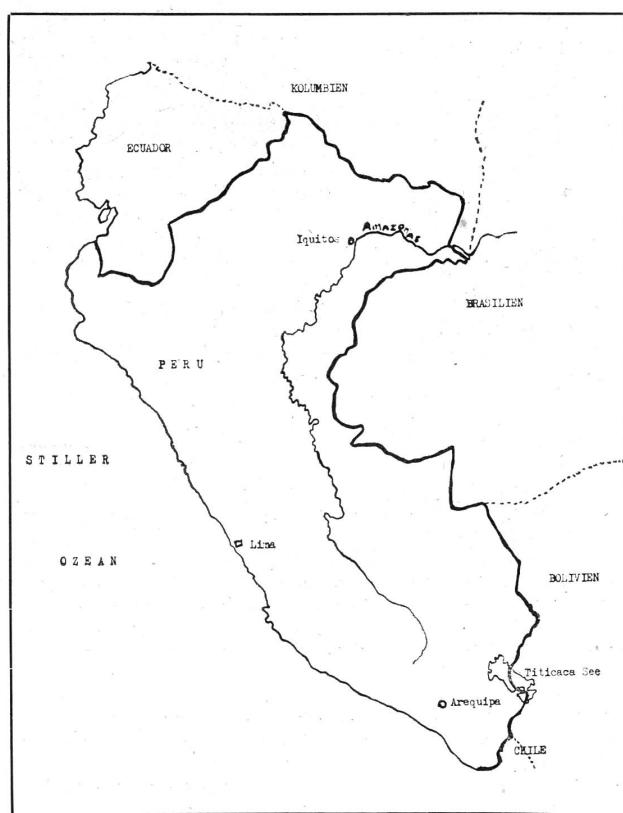
Amtssprache spanisch, für rund drei Millionen Indianer ist Ketschua die Umgangssprache.

Religion: vorwiegend römisch-katholisch.

Wichtigste Exporte: Baumwolle (20 Prozent der Gesamtausfuhr), Bergbauprodukte (Kupfer und Blei zusammen etwa 20 Prozent des Ausfuhrwertes), Zucker, Kakao, Wolle, Fischereiprodukte.

Wichtigste Aussenhandelspartner: USA, Großbritannien, Deutsche Bundesrepublik, Chile. Der Ostblock (namenlich die CSSR) intensivierte seine Kontakte in letzter Zeit.

Mitgliedschaft: Uno, OAS, Lateinamerikanische Freihandelszone.



Die Finanzierung wird zu einem grossen Teil von Wirtschaftsbetrieben oder Organisationen sichergestellt. Nun aber hat sich herausgestellt, dass 30 Prozent der Studenten nach ihrem Eintritt ins Erwerbsleben nicht in jenen Unternehmen arbeiten, die ihnen das Studium bezahlten. Deshalb schlägt «Mladost» vor, dass die Firmen, die von solchen Absolventen profitieren, wenigstens teilweise jene andern Firmen entschädigen, welche für das Stipendium aufkamen. Interessant ist dieser Diskussionspunkt deshalb, weil er darauf schliesst, dass die Studenten von den geldgebenden Organisationen nicht allzu rigoros für entsprechende spätere Arbeitsleistungen verpflichtet werden.

Stärker zu harzen aber scheint es mit der Rückzahlung aufgenommener Studiengelder. Die Belgrader Hochschulabsolventen allein schulden dem in der Stadt bestehenden Studenten-Hilfsfonds heute rund 15 Millionen Dinar. Deshalb wird das Kreditstudium mit der an sich «unsozialistisch» anmutenden Verpflichtung der Eltern in Aussicht genommen, wobei man allerdings hofft, dass die Betriebe, die den Studenten später beschäftigen, die Rückzahlung wenigstens teilweise auf sich nehmen. Immerhin ist von einer in jedem Fall bestehenden staatlichen Garantie offenbar nicht die Rede. Der Weg scheint sogar eher in Richtung auf möglicherweise verstärkte private Belastung zu weisen.

Zwischen 1945 und 1960 haben in Jugoslawien 1544 Personen doktoriert, was einem Jahresschnitt von 96 entspricht.

Vom 29. April bis 8. Mai wird in Novi Sad die 28. internationale Messe für Landwirtschaft stattfinden, an welcher 455 ausländische Firmen, darunter auch aus der Schweiz, teilnehmen werden.

In der Umgebung von Kikinda sind neue Erdgas- und Erdölvorkommen von einigen Millionen Tonnen entdeckt worden.

Weltraum

Sowjetunion Was gilt?

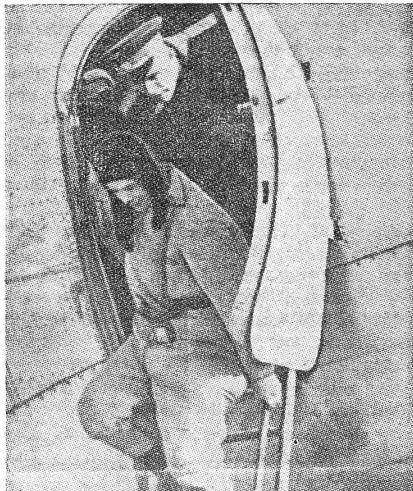
In der sonst so gut gelenkten Sowjetpresse häuften sich die widersprüchlichen Berichterstattungen zum Weltraumflug Gagarins.

Am 14. April veröffentlichte die «Iswestija» und andere Zeitungen das hier wiedergegebene Bild mit dem Kommentar: «Der Auftrag des Vaterlandes ist erfüllt. Jurij Gagarin nach dem Flug in den Kosmos.»

Am 16. April schilderte die «Prawda» die Landung des Piloten mit dem Raumschiff: «Um 10.25 Uhr wurde die Bremseinrichtung des kosmischen Schiffes eingeschaltet und das Schiff mit dem Piloten Major Gagarin verliess seine Flugbahn, um im vorgesehenen Gebiet zu landen. Um 10.55 Uhr landete das sowjetische Raumschiff erfolgreich.»

Demgegenüber aber gab Gagarin selbst an, mit dem Fallschirm gelandet zu sein. Seine eigene Darstellung: «... Der wichtigste Moment kam ... Das Wetter war ausgezeichnet, etwas bewölkt, Sonne und Wind. Als ich über mir den geöffneten Fallschirm sah und die festen Seile spürte, fing ich an zu singen ...»

Auch die «Komsomolskaja Prawda» bringt mit Augenzeugenbericht die Version Fall-



schirm. Die Kolchosbäuerin Anna Tachtarowa schildert ihre Beobachtungen: «Ich hatte das Glück, den Helden gerade im Moment seiner Rückkehr auf die Erde zu sehen ... Ein Mensch mit einem grossen rot-weißen Fallschirm flog an uns vorbei und landete einige Meter weiter. Zunächst war ich verwirrt, aber der Mann sagte freundlich: „Ich bin ein Russe, ein Sowjetbürger.“ Wir begrüssten ihn, und ich lud ihn ein, etwas Milch zu trinken. Jurij Alexejewitsch lächelte, dankte und fragte nach dem nächsten Telephon ...» Was gilt?

Es liesse sich einwenden, dass angesichts der Gesamtleistung — des Aufstiegs eines Menschen in den Weltraum — die Art der Landung eine nebенständliche Kleinigkeit sei. Immerhin: Wer einmal lügt...

Sonnenlampen

In der Abteilung für Beleuchtungstechnik des Moskauer Instituts für Energietechnik ist ein neuer Beleuchtungskörper, eine sogenannte «Sonnenlampe» entwickelt worden, die über eine doppelt so starke Lichtstärke verfügt wie die gewöhnlichen Glühlampen. Für eine Fläche von ungefähr 40 000 Quadratmeter sollen sechs solche «Sonnenlampen» genügen. Da in ihr Licht und alle Farben des Spektrums enthalten sind, erscheinen die beleuchteten Gegenstände in ihrem natürlichen Farbton. Die neuen Leuchtkörper werden vor allem bei der Straßenbeleuchtung von Moskau und bei der bevorstehenden englischen und französischen Industrieausstellung eingesetzt.

Partei

Tschechoslowakei Billig

in mehr als einer Hinsicht sind die tschechischen Eisenbahnen, wie aus einem Bericht von Innenminister Barak an der kürzlichen Zentralkomiteesitzung der KPC in Prag hervorging. Ihre Benützung komme nur auf annähernd ein Drittel der Fahrgäste in kapitalistischen Ländern zu stehen, doch sei das Wagenmaterial von schlechter Qualität, den Reisenden werde zu wenig Bequemlichkeit geboten, und Arbeiterzüge seien überfüllt, nicht geheizt und oft verspätet.

Die Tagung des ZKs vom 12. bis 14. April brachte einige recht interessante Angaben

über Stand und Tendenzen der Wirtschaft mitsamt ihren politischen Implikationen. Ein Rechenschaftsbericht über den starken Ausbau der ostslowakischen Hüttenwerke liess erkennen, in welchem Ausmass heute die Industrialisierung dieser Landesgegend forcirt wird, nicht zuletzt um die dort ansässige ungarische Volksgruppe (die grösst nationale Minderheit der CSSR) durch Zuwanderung aus Böhmen und Mähren «zu verwässern». Die Zahl der Werk-tätigen dieses Gebietes wird in dem jetzt angelaufenen Fünfjahresplan von 262 000 auf 320 000 im Jahre 1965 anwachsen. Im gleichen Zeitraum sollen 61 000 Wohnungen und 258 Primarschulen gebaut werden. Das Hüttenwerk in Kaschau, mit dessen Stahlkonstruktionen am 1. Juli auf einer Fläche von 40 000 Quadratmetern begonnen wird, soll eines der weltgrössten Unternehmern werden und zur mächtigen tschechoslowakischen Stahlindustrie entscheidend beitragen. Bis 1970 ist beabsichtigt, in der CSSR pro Kopf mehr als eine Tonne Stahl zu produzieren.

Die Bauindustrie, so stellte Bauminister Beran die Lage dar, produzierte etwas mehr als im zweiten Fünfjahresplan vorgesehen, aber oft schlecht und dem gesamten Interesse zuwiderlaufend. So seien die zentralisierten Konstruktionen zugunsten der lokalen vernachlässigt worden. Dieser Klage begegnet man nicht das erstmal. Sie hat ihren Grund darin, dass die einzelnen Betriebe zu ihrer eigenen Planerfüllung (die einzige, um die sie sich kümmern) an lokalen Aufträgen mehr interessiert sind als an andern. Zahlreiche Investitionsbauten werden nicht rechtzeitig beendet, so dass manche Betriebe, wenn sie zu arbeiten beginnen, schon veraltet sind.

Bei den Eisenbahnen, wo die Planaufgaben «nicht ganz» erfüllt wurden, soll in den kommenden fünf Jahren vor allem die Elektrifizierung vorangetrieben werden. Daneben stellte Barak fest, dass unter anderem die Besorgung von Ersatzteilen stark verbessert werden müsse. Die beauftragten Betriebe liefern nur 40 bis 50 Prozent des Plansolls ab. Weiter hatte der Minister auszusetzen: Nachlassende Arbeitsdisziplin, mangelnde Instandhaltung und Reinlichkeit der Stationen, Fehlen an genügend geschulten Fachkräften.

Justiz

Ungarn Terrorjustiz abberufen

Die ausserhalb jeden normalen Rechtes stehenden Blutgerichte zur restlosen Unterdrückung des ungarischen Freiheitswillens sind nach vierjährigem Bestehen aufgehoben worden. Kadar erachtet die offizielle Terrorjustiz nicht mehr als nötig. Mit der Gesetzesverordnung Nr. 7 von 1961 setzte der Präsidialrat der Volksrepublik das erste Kapitel der Gesetzesvoerordnung Nr. 34/1957 über die Errichtung der sogenannten Volksgerichtssenate ausser Kraft. Die gegen die Urteile dieser Sondertribunale eingerichteten Berufungen sollen nach Strafprozessordnung behandelt werden, und die in die Zuständigkeit der Volksgerichtssenate fallenden Angelegenheiten den ordentlichen Strafgerichten überwiesen werden.

Bei diesen endlich abgeschafften Volksgerichten, deren Urteil grundsätzlich auf Tod lautete (Freiheitsstrafen von fünf bis

fünfzehn Jahren konnten vom Senat unter bestimmten Voraussetzungen gefällt werden), handelte es sich um eindeutige Werkzeuge der politischen Unterdrückung. Die betreffende Gesetzesverordnung war am 2. Juni 1957 «zum konsequenten Kampf gegen die Konterrevolutionäre, zur endgültigen Liquidierung der gegenrevolutionären Elemente sowie im allgemeinen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und die weitere Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit» erlassen worden. Der späte Zeitpunkt des Erlasses erklärt sich daraus, dass sich das moskauhöri ge Regime nach dem Aufstand vom Herbst 1956 noch längere Zeit nicht sicher genug gefühlt hatte, um mit den Freiheitskämpfern abzurechnen. Die grosse Hinrichtungswelle setzte erst im folgenden Jahre ein, als kleinere Freiheitsstrafen ohne neue Bestandesaufnahme von einer Stunde auf die andere in Todesurteile umgewandelt wurden, die auch unverzüglich zur Vollstreckung gelangten. Auch kam es zu unzähligen neuen Verhaftungen und Aburteilungen nach der neuen Blutjustiz. Artikel 4 bestimmte die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und gegenrevolutionären Delikte, welche in die Zuständigkeit der Volksgerichtssenate fielen. Dazu gehörten unter andern Arbeitsstörung durch rechtswidriges Eindringen in Betriebe und Aufwiegelung zum Begehen dieses «Verbrechens», ferner Streik und andere Arbeitssabotage. Die Zuständigkeitsnormen waren nicht eingehalten: der Staatsanwalt war berechtigt, das Verfahren bei beliebigen Volksgerichtssenaten einzuleiten. Die Sondertribunale handelten nach den Regeln des beschleunigten Verfahrens: Angeklagte konnten ohne Anklageschrift vor das Gericht gestellt werden, das auch keinen besonderen Zeitpunkt für die Verhandlungen bestimmten musste. Zeugen und Experten wurden in diesem Fall ausschliesslich von der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Handelte der Volksgerichtssenat des Obersten Gerichtes als erste Instanz, so gab es keine Berufungsmöglichkeit gegen das Urteil. Der Oberste Staatsanwalt und der Präsident des Obersten Gerichtes waren ermächtigt, jeden Fall vor diesem Gericht in erster Instanz zu bringen.

Unruhen

Ein Vorfall, bei dem vor einem ungarischen «Gemeinschaftsgericht» eine Klage gegen vier Personen wegen «Aufwiegelung» fallen gelassen wurde, beleuchtet drei bezeichnende Erscheinungen der gegenwärtigen Entwicklung im Lande: 1. Es ist zu offener Auflehnung gegen die fast vollständig durchgeföhrte Zwangskollektivierung auf dem Lande gekommen. 2. Die Gesellschaftsgerichte lösen auch in Ungarn die regulären Justizorgane ab. 3. Die vorläufig geltende Lösung lautet auf Milde; den Vergehen gegen die sozialistische Ordnung soll so weit als möglich durch Erziehung begegnet werden. (Was übrigens darauf schliessen lässt, dass die Partei im gegenwärtigen Zeitpunkt sich davor fürchtet, die reizbar gewordene Landbevölkerung durch Härte noch stärker aufzubringen.)

Der Fall wurde von der Budapester Nepszabadság» geschildert. Ein Mann und drei Frauen, Mitglieder des Kollektivbetriebes Bocskaj wurden in Hajudorog vor ein improvisiertes Gemeinschaftsgericht

(den sowjetischen Kameradschaftsgerichten entsprechend) gebracht. Sie hatten gegen die Kolchosleitung der 14 500 Joch grossen LPG demonstriert, weil ihrer Ansicht nach die Aktion des Feldertausches mit den noch selbständigen Bauern auf ungerechte Weise abgewickelt worden war. «Mehrere Personen», so schreibt die Zeitung, «nützten die erregte Stimmung zur Aufwiegelung aus. Sie wurden dabei immer kühner und hemmungsloser. Jetzt ging es nicht mehr um die Feldertauschaktion, sondern die versammelte Menge wurde mit lauten Rufen gegen die Kollektivwirtschaft und gegen die Leitung aufgehetzt. Manche gebärdeten sich derart hemmungslos, dass die Polizei eingreifen musste. Ein Mann und drei Frauen wurden verhaftet.»

Nun sehen die Gesetze für Aufwiegler gegen die Kollektivwirtschaft strenge Strafen vor. Aber anscheinend auf Druck der LPG-Angehörigen («Die kommunistischen Mitglieder der Kollektivwirtschaft haben ersucht, die Angelegenheit hier zu behandeln.») wurden die Verhafteten nicht der Justiz ausgeliefert, sondern vor die einberufene Volksversammlung gebracht, wo der Kolchos-Parteisekretär selbst, «unter zustimmenden Rufen aus dem Auditorium», beantragte, die Anklage fallenzulassen. «Er wusste, dass von ihm das Schicksal dieser Menschen und» — die folgende Formulierung dürfte den Kern der Sache treffen — «der Friede im Dorf abhängt.»

So kam es dazu, dass «die vier Schuldigen wieder in die Gemeinschaft aufgenommen wurden, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu bessern.»

Kultur

China

Denkmalschutz

China, der auf dem Weg zum «Volkskommunismus» fortgeschrittenste und in seinem revolutionären Umbruch unerbittlichste Staat des «sozialistischen Lagers» ist keineswegs bilderstürmerisch. In einer kürzlich veröffentlichten Verordnung des Staatsrates wurde der schon früher verkündete «sorgfältige Schutz von Denkmälern und Reliquien von historischem, künstlerischem und wissenschaftlichem Wert» erneut verankert.

Gemäss dieser Verordnung wird kulturellen Reliquien und Bauwerken von wichtigem historischem Wert, sowie alten Kultursiedlungen, Gräbern, Gebäuden, Höhlenklöstern und Steinskulpturen ein Sonderstatus gewährt. Nicht nur «revolutionäre Dokumente und Unterlagen», sondern auch Kunstwerke und kunsthandwerkliche Gegenstände verschiedener Perioden, alte Bücher und Schriften «sowie Gegenstände, welche die Gesellschaftssysteme, die Wirtschaft und das Leben der verschiedenen Epochen widerspiegeln», werden von der Regierung für die Mit- und Nachwelt gerettet.

Alle diese Werte sind vor Beschädigung zu bewahren und dürfen nicht ausser Landes gebracht werden. Ausstellungen im Ausland oder Umtausch (nicht Verkauf) historischer Wertgegenstände bedürfen einer Genehmigung durch den Staatsrat.

Diese und weitere Massnahmen (die Verordnung enthält noch Direktiven für Restaurierungen, Anlage von Museen und hi-

storischen Denkstätten, sogar über das sorgfältige Vorgehen beim Aushub für neue Bauten und Anlagen) stimmen vielleicht nicht zu vornherein mit dem Bild überein, das man sich vom Mao-Regime macht. Aber sie entsprechen dem nationalen Behauptungs- und Ausdruckswillen des chinesischen Kommunismus, der seine bekannteste Form im ideologischen Führungsanspruch Pekings gefunden hat. Dazu wird die Tradition (oder der Teil von ihr, der die kommunistische Gegenwart nicht bedroht) hochgehalten und mit ihr andere kulturelle Wesensprägungen von ausgesprochen chinesischem Nationalcharakter (Theater, Musik). Das ist nicht etwa nur eine Konzession an die Bevölkerung, sondern Ausfluss eines nationalen Bewusstseins, das viel echter ist als beispielweise dasjenige der verschiedenen Sowjetrepubliken, deren kulturelles Eigenleben Moskau so oft pries.

Die Buchbesprechung

Dämmerung in Njassaland

Das Problem der zentralafrikanischen Föderation, von Guy Clutton-Brock, Polsi Band 8. Der hier das Wort ergreift, gehört in den Kreis der Alan Paton, Trevor Huddleston, Michael Scott und des African Development Trust und hat sich sein Urteil in jahrelanger Aufbauarbeit in Zentralafrika gebildet. So ist er in der Lage, nicht einfach zu theoretisieren, sondern aus unmittelbarer und reichster Erfahrung heraus zu den schwierigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen Zentralafrikas Stellung zu nehmen. Der vorliegende Band ist die gekürzte, mit einem im November 1960 in Betschuanaland geschriebenen Nachwort versehene, Ausgabe eines ursprünglich englisch erschienenen Buches (Dawn in Nyasaland) und bietet eine eindrückliche Einführung in die zentralen Lebensfragen Afrikas.

Curriculum der Woche

TURSUNBAJ ULDSCHABEJEW

Im Rahmen der grossen Säuberungen in Tadschikistan seiner Funktion als erster Parteisekretär dieser Sowjetrepublik entthoben und aus der Partei ausgestossen.

Geboren 1916 in Kischlak Kuruk (jetzt Tadschikische SSR) in Bauernfamilie. In der Jugend aktiv im Komsomol. KP-Mitglied 1939. Zwischen 1943 und 1947 erster Sekretär des Zentralkomitees des Kommunistischen Lenin-Jugendbundes (LKSM) von Tadschikistan. Beendet 1950 die Parteihochschule beim ZK der KPdSU. 1950 und 1951 Sekretär des Gebietskomitees Stalinabad der tadschikischen KP. 1951 bis 1952 Leiter der Abteilung Propaganda und Agitation des KP-ZK von Tadschikistan, darnach erster Sekretär des Gebietskomitees Leninabad. Ab 1954 Mitglied des Vorstandes und Sekretär des ZK von Tadschikistan. 1955 wird er zum Vorsitzenden des Ministerrates und zum Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Tadschikischen SSR ernannt, auf dem 20. Kongress der KPdSU (1956) zum Mitglied der Zentralen Revisionskommision der Partei gewählt. Im gleichen Jahr Ernennung als erster Sekretär des ZKs der KP von Tadschikistan, den Posten, den er bis zur jüngsten Säuberung beibehielt.

Mehrmals Abgeordneter im tadschikischen Sowjet und im Obersten Sowjet der UdSSR. Leninorden und weitere Auszeichnungen.

Unser Memorandum

Der Kommunismus hat auf Kuba einen bedeutenden Erfolg errungen. Das steht als Tatsache fest, wenn sich auch nach der missglückten Invasion rein geographisch nicht viel verändert hat.

Verändert hat sich die Stellung Castros, der sein Prestige — als er einige Tausend schlecht koordinierte Exilkubaner besiegt, entscheidend verstärkt hat. Verändert hat sich die Stellung der USA, die, durch eine weltweite kommunistische Propaganda als Drahtzieher der Gegenrevolution angeprangt, schwer an Prestige verloren haben. Verändert hat sich die Lage insbesondere in Lateinamerika, wo es die beträchtlichen castrofreundlichen Gruppen verstanden haben, im Bewusstsein der Bevölkerung eine falsche Alternative zu verankern: Beibehaltung der vielfach unbefriedigenden gegenwärtigen Zustände oder Neuauflage der kubanischen Revolution. Der fidelistische — und damit weitgehend kommunistische — Umsturz wird als einzige Reform propagiert, die Aussicht auf Erfolge hat. Jetzt, da sich Castro erfolgreich «gegen die amerikanische Aggression» behauptet hat, wird der Beweis als erbracht erachtet, dass sich die extremistische Revolution im Rahmen des Kontinents halten kann. Die falsche (aber infolge zahlreicher politischer Fehler des Westens nicht durchaus unbegreifliche) Fragestellung wird noch mehr radikaliert, vielleicht in entscheidender Weise verschärft.

Castros Sieg wurde durch die mangelnde Einheit seiner Gegner gefördert. Diese haben auch die Verhältnisse auf der Insel selbst falsch eingeschätzt, als sie mit einem leichten allgemeinen Aufstand rechneten. Was für eine Möglichkeit hatte die Bevölkerung überhaupt, sich gegen die straff organisierte, vom Ostblock bewaffnete Miliz des Diktators zu erheben, gegen seinen organisierten Terror? Der Schluss: «Das Land erhob sich nicht, also stand es hinter Castro», ist keineswegs gegeben. Aber dennoch bringt eine solche missglückte Aktion das Argument in Umlauf. Anderseits darf nicht übersehen werden, dass Castro bisher beschlagnahmten Besitz auf die Besitzlosen verteilen konnte. Diese haben bei der Revolution vorerst gewonnen. Erst der durchgeführte Aufbau der kommunistischen Gesellschaft hätte ihnen ihre neue, völlige Entretung dem totalitären Staat gegenüber voll zum Bewusstsein gebracht. Das Kontroll- und Überwachungssystem des Regimes wäre allerdings — und das erklärt die leider auch von Washington gutgeheissene Eile (ohne die schlechte Vorbereitung zu entschuldigen) — während einer Wartefrist verstärkt worden.

Die Lehren lassen sich noch immer ziehen, aber sie sind entsprechend dringender geworden. Der Kommunismus lässt sich durch eine Handgelenkaktion nicht bekämpfen. Er kämpft in sämtlichen Bereichen (dem militärischen nur unter anderem) mit sämtlichen Mitteln. Ihm muss überall begegnet werden, wo er angreift. Präsident Kennedy hat die erschwerten Aufgaben formuliert. Aber sie müssen noch gelöst werden.

Der Schnapschuss

In der Sowjetunion sind die Verluste am Lebendgewicht des Schlachtviehs gewaltig. In der Russischen Republik betragen sie 1959 rund 46 000 Tonnen. 1960 wurden die Verluste offiziell mit 0,5 Milliarden Rubel angegeben. Vieherden sind manchmal zwei bis drei Monate zu den Schlachthöfen unterwegs. Weder die zentralen Einkaufsstellen noch die Fleischfabriken verfügen über Futterreserven, und so wird diese Zustellung zu einem Hungermarsch. Da die Kapazität der Schlachthöfe nur für einen Jahresschnitt berechnet ist (während sich das Fleischangebot nach dem sommerlichen Mästen auf den Herbst konzentriert), gibt es auch hier noch wochenlang «Hungerschlangen».

*

Die kommunistische Kollektiverziehung ist anscheinend doch nicht alles. Das Kind müsse richtig in der Familie erzogen werden, damit es ein würdiger Erbauer des Kommunismus werde, verlangt die «Sowjetskaja Estonija». Auch dürften die Eltern die Erziehung nicht einfach «den Grossmüttern» überlassen. (Durch die Vollbeschäftigung beider Elternteile und die vor einigen Jahren stark herabgesetzten Altersrenten ist es in der sowjetischen Gesellschaft paradoxerweise wieder zu einem grösseren Familienzusammenschluss zwischen den Generationen gekommen, wobei die Grosseltern wie in patriarchalischen Zeiten wieder eine wichtige Rolle in der Erziehung spielen.)



Aufgehalten

Der gescheiterte Algerienputsch in der Darstellung der «Iswestija». Die hakenkreuztragenden «Para» werden durch den Willen des Volkes daran gehindert, in Frankreich Fuß zu fassen — was den interessierten Zuschauer Franco höchst ergrimmt. Durchaus ähnliche Zeichnungen wären in der westlichen Presse ohne weiteres möglich gewesen, nur dass man die entscheidende Rolle von de Gaulles entschiedenem Auftreten doch nicht so völlig unterschlagen hätte.

BRIEFE

Möglichkeiten der freien Welt

Kontakte gegen Doktrin

J. M. in Riehen. Eine Kommunikation der Menschen in kommunistischen Staaten mit Menschen aus dem Westen kann die Entwicklung im Osten wesentlich beeinflussen. Wir brauchen daher eine Offenheit gegenüber den Menschen aus dem Osten. Die ideologische Linientreue, mit der sie uns begegnen, ist oft nur ein äusserlicher Schutz, hinter dem sie ihre persönlichen Fragen tarnen. Wir müssen die Lücken des Eisernen Vorhangs voll auswerten, um mit den Menschen aus dem Osten ins Gespräch zu kommen. In diesem Gespräch haben wir keine Ideologie anzubieten. Was wir ihnen anzubieten haben, ist das Wissen, dass keine Doktrin fähig ist, die Wirklichkeit voll zu umfassen. Aus diesem Wissen ergibt sich erst die Möglichkeit zur Freiheit.

Christentum endlich leben...

D. R.-B. in Landquart. Es gibt nur noch ein Ding, mit dem die Gottlosen bis heute nicht fertig geworden sind. Auch die Kommunisten mit ihren grauenhaften Methoden nicht. Dieses Ding ist sehr real. Es heißt Gott. Es heißt auch Glaube an Gott. Es heißt auch Religion. Was suchen wir noch lange nach Ideologien? Klaarmen wir uns endlich einmal an Christus, unsern Führer, unsern Beispiel, unsern Vorbild. Was erwarten die Russen (nicht Sowjets) hinter dem Eisernen Vorhang von uns. Sie erwarten Hilfe. Sie nennen uns Brüder — Christen! Wie es etliche Russen vor wenigen Jahren prägten. Mit ihrem eigenen Blute kritzelten sie auf den Holzstücken, die als Exportware ins Ausland gingen, die Worte: «Brüder, Christen, helft!»

... und erneuern

A. und W. B.-T. in Pfäffikon ZH. Wenn wir uns nicht ändern, werden wir auch nicht die richtigen und genügenden Opfer zu bringen imstande sein. Erst neue Motive für unsere Mitmenschen — d. h. diejenigen, die Christus uns gab: Liebe und Verantwortlichkeit im weltweiten wie im engsten Sinne, ein erneuertes Herz — werden uns zu dem Leben bereit machen, welches die Nöte, wie und wo sie heute bestehen, heilt, überwindet.

Zeitgemäss Form des Opfers

F. F. in Ostermundigen zu Kennedys Friedenskorps. Wenn die Idee ein weltweites Echo findet, kann sie zu einer Quelle geistiger Erneuerung werden, die vielleicht nicht mit der Urkraft der ersten christlichen Gemeinschaft vergleichbar ist, aber doch über dem Alltag steht. Die alten Ideale der Nächstenliebe und Opferbereitschaft — sie sind (in manchen hergebrachten Formen) etwas verstaubt. Aber wenn der Staub fortgewischt wird, glänzen sie noch immer.

Alle Faktoren berücksichtigen

J. B. in Bern. Nicht nur politische und wirtschaftliche Belange machen die Überlegenheit der westlichen Gesellschaftsordnung aus, sondern ebenso sehr ethische, kulturelle, religiöse und philosophische Gesichtspunkte. Diese Vielfalt der Grundlagen für ein gutes menschliches Zusammenleben...